



Dat Rotmuul

regional hanseatisch sozialdemokratisch

Nr. 1 / Januar 2008

SPD Kreisverband Stralsund

Interview mit der Oberbürgermeisterkandidatin Jilka Kraatz (parteilos für die SPD)

„Wirtschaft muss Rückgrat der
Hansestadt Stralsund sein“

Rotmuul: Was können wir von Ihnen im Wahlkampf an Themen erwarten?

Jilka Kraatz: Zunächst möchte ich Ihnen und den Leserinnen und Lesern des Rotmuuls ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2008 wünschen, verbunden mit der Hoffnung, dass Ihre persönlichen und beruflichen Ziele in Erfüllung gehen.

Rotmuul: Vielen Dank, Frau Kraatz. Gleiches wünschen wir Ihnen natürlich auch, gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Oberbürgermeisterwahlen im Mai. Und deshalb bleiben wir hartnäckig und dringen auf die Beantwortung der eingangs gestellten Frage.

Jilka Kraatz: Am 27. Januar bin ich zum Politikerbrunch ins Alte Bankhaus eingeladen und werde dort den Bürgerinnen und Bürgern mein Programm vorstellen. Es geht im Schwerpunkt um wirtschaftliche und soziale Ziele. Damit wird mein Programm sicherlich nicht entscheidend von denen meiner Mitbewerber abweichen – aber das muss es auch nicht. Wichtig für mich und das Wahlteam ist es, Themen zu benennen, die die Menschen bewegen, die ich unmissverständlich angehen will und die nach meiner Überzeugung auch eine Chance haben, umsetzbar zu sein.

Rotmuul: Unsere Leserinnen und Leser wollen es genauer wissen.

Jilka Kraatz: Ganz wichtig ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Hansestadt. Deshalb steht die Stärkung der Wirtschaft ganz klar im Vordergrund meines Programms. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Grundlage dafür, dass alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, wie etwa Bildung, Kultur und Soziales funktionieren können. Eine leistungsfähige Wirtschaft bedeutet auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich will Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger wieder in Arbeit kommen, dass ihr persönliches Selbstwertgefühl wieder wächst und sie bessere Möglichkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Rotmuul: Sie haben in erster Linie die Arbeitslosen im Auge?

Jilka Kraatz: Keineswegs. Wir benötigen gesicherte Rahmenbedingungen auch für Unternehmen, die sich schon in Stralsund und der Region engagieren und damit den



Stralsunderinnen und Stralsundern einen Arbeitsplatz bieten. Soweit dies für die Stadtverwaltung möglich ist, werde ich mich dafür einsetzen, stabile wirtschaftliche Bedingungen zu garantieren, die Existenz bestehender Unternehmen zu sichern, deren ökonomische Entwicklung zu befördern und damit die Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort Stralsund zu erhalten und zu vermehren.

Rotmuul: Das hört sich alles gut an. Was aber bedeutet das konkret? Wofür steht eine Oberbürgermeisterin Jilka Kraatz?

Jilka Kraatz: Ich stehe für eine progressive Standort- und Wirtschaftspolitik. Unter meiner Federführung soll sich die Hansestadt Stralsund in den nächsten Jahren zu einem Wirtschaftszentrum im maritimen Raum, mit verstärkten Verbindungen vor allem nach Skandinavien und dem Baltikum, entwickeln. Ich bin davon überzeugt, dass hier noch ungenutzte

Ressourcen liegen. Die Chance, die wir mit der exponierten geografischen Lage von Stralsund haben, wird gegenwärtig noch nicht konsequent in einen zählbaren Erfolg umgewandelt.

Natürlich knüpfe ich an die wirtschaftlichen Stärken der Hansestadt an. Das heißt, dass natürlich die maritime Wirtschaft und der Tourismus eine gewichtige Rolle spielen müssen. Daneben ist Stralsund als ausgeprägter Hochschul- und Verwaltungsstandort bekannt. Auch diese Positionen werden in den nächsten Jahren weiter gestärkt werden.

Das alles wird für die Zukunft nicht ausreichen. Trotz des Anspruches, den Stralsund beispielsweise mit der Verbesserung seines touristischen Potentials verfolgt, können wir es uns nicht leisten, den Tourismus als alleiniges Allheilmittel anzusehen. Es geht vielmehr darum, Stralsund auch für die so genannten Zukunftsbranchen interessant zu machen. Ferner müssen unsere Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, den Prozentsatz an produzierendem Gewerbe deutlich zu erhöhen. Das erscheint mir möglich, entgegen allen bisherigen Prognosen. Die Wirtschaft muss das Rückgrat für die Hansestadt Stralsund sein.

Rotmuul: Was spricht denn gegenwärtig dagegen?

Jilka Kraatz: Ich höre immer wieder, dass Mecklenburg-Vorpommern aus seiner Tradition heraus ein Bundesland ist, in dem der Anteil an industrieller Produktion als eher gering eingeschätzt wird.

Fortsetz. S. 2

Deshalb soll es keinen Sinn machen, sich auf die Entwicklung derartiger Wirtschaftszweige zu konzentrieren und dafür Zeit zu investieren. Aber was ist das für eine Begründung? Nur, weil es in der Vergangenheit so war, muss es auch in Zukunft so sein?

Nein. Meine Aufgabe wird es sein, unter Berücksichtigung bestehender Wirtschaftsstrukturen unserer Stadt, die Entwicklung von bisher liegen gelassenen Branchen zu verstärken. Mein Ziel ist es, die wirtschaftliche Kraft auf mehr Schultern zu verteilen, sprich also, die Planungssicherheit zu erhöhen und das Risiko und die Abhängigkeit von einem bestimmten Wirtschaftszweig zu minimieren.

Wir leben im Zeitalter der Globalisierung in einem sich ständig verändernden Markt. Und hier müssen wir den Anforderungen entsprechen. Das schaffen wir aber nicht, wenn wir uns an alte und verstaubte Ansichten und Auffassungen klammern. Wir müssen agieren und nach neuen, konstruktiven Lösungen für Stralsund suchen. Heute spielen andere Bedingungen eine Rolle, warum sich beispielsweise ein Investor entscheidet, an einem bestimmten Ort zu investieren. Das tut er nicht, weil Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit ein typisches Agrarland war, sondern weil er für seine Branche erkannt hat, welche Vorteile eine Ansiedlung in unserem Bundesland beziehungsweise in Stralsund mit sich bringt. Er sieht die hervorragende Lage, die Anbindung an weitere Märkte. Er sieht, dass in der Hansestadt eine Gewerbefläche leer ist, die genau in sein Expansionskonzept passt. Er sieht eine Verwaltung, die schnell und unbürokratisch die notwendigen Grundlagen schafft, damit er investieren kann. Und er kann sehen, dass hier in Stralsund Fachkräfte und gut ausgebildete Menschen leben, die er braucht und die hungrig danach sind, endlich wieder angemessen arbeiten zu können. Im Übrigen möchte ich darauf verweisen, dass hier eine neue Denkweise einsetzen muss. Die Verzahnung von Bildung und Wirtschaft ist oft das Ausschlag gebende Argument, warum ein Investor einen Standort wählt. Das müssen wir endlich erkennen und nutzen.

Rotmuul: Davon sind Sie überzeugt? Wie wollen Sie das erreichen?

Jilka Kraatz: Selbstverständlich bin ich davon überzeugt. Meine Zielsetzung lässt sich auch mit Beispielen belegen. Die Hansestädte Rostock und Greifswald haben für sich bereits eine wirtschaftliche Ausrichtung eingeschlagen, die beide bereits zum

jetzigen Zeitpunkt deutlich vor Stralsund liegen lässt. Unser Anspruch muss es zukünftig sein, noch viel stärker auf Investoren zuzugehen und mit ihnen zum beiderseitigen Vorteil zusammen zu arbeiten. Auf sie zu warten, macht keinen Sinn.

Ich bin mir sicher, dass das in erster Linie eine Frage der Vermarktung der Hansestadt Stralsund als Wirtschaftsstandort ist. Hier liegen wir seit Jahren am Boden und hoffen vergebens, dass sie schon alle kommen werden, die Investoren. In diesem Zusammenhang sind ein Stadtmarketing und die Wirtschaftsförderung entscheidend wichtig. Die Wirtschaftsförderung funktioniert bislang nur eingeschränkt und verliert immer mehr an Personal. Ein Stadtmarketing existiert bislang überhaupt nicht. Das sind keine guten Voraussetzungen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung.

Das werden deshalb meine ersten Ansätze bei einem möglichen Amtsantritt sein: Stärkung der Wirtschaftsförderung und Implementierung eines Stadtmarketings.

Rotmuul: Wie sicher können sich die Wählerinnen und Wähler sein, dass Sie Ihre Ziele für den Bereich Wirtschaft erreichen?

Jilka Kraatz: Meine Ausführungen sind Details eines sehr anspruchsvollen Programms für den Bereich Wirtschaft. Meine Ziele in den anderen gesellschaftlichen Bereichen sind ähnlich anspruchsvoll.

Als Unternehmerin muss ich täglich Entscheidungen treffen, damit mein Unternehmen auch morgen noch am Markt besteht. Das ist nicht immer einfach und erfordert Mut, Kreativität, Innovationsbereitschaft und Schnelligkeit.

Die Wählerinnen und Wähler können sich sicher sein, dass die Zeit der leeren Versprechungen zu Ende sein wird. Wenn wir zukünftig Entscheidungen treffen, werden wir dies zum Wohle der Hansestadt Stralsund und ihrer Bürgerinnen und Bürger tun. Das werden Entscheidungen sein, die vielleicht nicht immer jeden Einzelnen befriedigen werden, aber Entscheidungen, bei denen wir begründen können, warum sie so und nicht anders getroffen wurden. Und überall, wo es möglich ist, werden wir die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess einbeziehen.

Rotmuul: Vielen Dank, Frau Kraatz für das Interview und viel Erfolg im Wahlkampf.

Kommunal-Kombi - Neue Perspektiven?

Kommunal-Kombi – Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose oder Mogelpackung zu Lasten der kommunalen Haushalte?

Unter Sozialdemokraten besteht sicherlich unverändert Einigkeit darüber, dass „sozial ist, was Arbeit schafft - von der Mann und Frau leben können“. Deshalb müssen wir jede Aktivität unterstützen, die Menschen in anständig bezahlte Arbeit bringt.

Mit dem neuen Bundes-Programm „Kommunal-Kombi“ werden in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen, zu denen leider auch Stralsund gehört, zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich vor allem für jene Menschen geschaffen, die derzeit auf dem ersten Arbeitsmarkt so gut wie chancenlos sind. Arbeitslose sollen einen Arbeitsvertrag für die Dauer von bis zu drei Jahren erhalten. Dadurch soll der Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen entlastet werden, und es soll ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen und damit zum Aufbau von sozialem Kapital vor Ort geleistet werden.

Zusätzliche Arbeit, durch die keine bestehenden Arbeitsplätze gefährdet oder Neueinstellungen verhindert werden, gibt es zum Beispiel bei kulturellen Aktivitäten, in Alteneinrichtungen oder anderen sozi-

alen Einrichtungen, in Museen und Büchereien. Es handelt sich um Arbeitsplätze, die sonst keinesfalls zu finanzieren wären.

Kommunen wie die Gemeinde Groß Pankow im brandenburgischen Prignitzkreis begrüßen das neue Programm als sinnvolle Folgeleistung für ihre „Bürgerarbeit“-Projekte. (Projekte, die in der Stralsunder Bürgerschaft keine Mehrheit gefunden haben).

Vorteil des neuen Modells ist, dass die betroffenen Arbeitslosen jetzt für drei Jahre bei der Kommune beschäftigt werden können und auch mehr Geld erhalten, so dass „einige sicher davon auch ohne zusätzliche Leistungen leben können“, freut sich der Bürgermeister von Groß Pankow. Bei 30 Wochenstunden und einem Lohn von 1.000 Euro ergibt sich ein Stundenlohn von acht Euro, zudem wird ein Sozialversicherungszuschuss von 200 Euro gewährt.

Nach Abzug des Bundeszuschusses in Höhe von maximal 500 Euro monatlich, bei über 50jährigen 600 Euro, muss die Kommune 400 bis 500 Euro tragen. Dafür entfallen im Idealfall „Kosten der Unterkunft“, die bislang von der Stadt gezahlt werden. Die Stadt hätte nur dann keine unmittelbare finanzielle Belastung.

Diese Rechnung dürfte aber nicht in allen Fällen aufgehen, da bei Anwendung kommunalen Tarifrechts häufig eine Belastung des

kommunalen Haushaltes verbliebe. Diese aber ist angesichts unseres, vom Land rigoros eingeforderten, Sparzwanges nicht tragbar. Deshalb werden, auch von namhaften Politikern der CDU finanzielle Hilfen vom Land gefordert, damit sich möglichst viele Kommunen an dem Programm beteiligen können. Nur wenn eine solche Hilfe kommt und die kommunale Belastungen

ganz oder doch weitgehend kompensiert werden, könnte sich die Hansestadt gegenwärtig an dem Programm beteiligen. Sicherlich: Auf städtische Mitarbeiter käme dann eine gewisse Mehrbelastung durch die „Betreuung“ der neuen Kollegen zu. Aber das wäre ein tragbarer Solidarbeitrag von Arbeitsplatzinhabern.

Bernd Röll

Anmerkungen zur Haushaltssituation

„Die anderen haben doch auch Schulden. Warum dann nicht auch wir?“ so habe ich noch die Stimme von Finanzsenator a.D. Hanning Vellguth im Ohr.

Ich will nun gewiss nicht andeuten, dass die hohen Herren der Stadtverwaltung die Dinge einfach haben laufen lassen. Es wurde schon gespart. Aber eben doch nicht genug, und dann kamen die Belastungen durch die Sozialgesetze noch hinzu (Hartz IV und das KJHG). Auf einmal gab es für die Haushaltsjahre 2006–2009 einen entstandenen bzw. prognostizierten Fehlbedarf von insgesamt 43.317 Millionen Euro, wobei die darin enthaltenen Zusatzbelastungen aus den Sozialgesetzen wohl mit Netto 6.000 Millionen jährlich anzusetzen sind (S. 2 der Beschlussvorlage zur 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts).

Im Jahre 2007 haben sich Verwaltung und Bürgerschaft bemüht, ein Haushaltssicherungskonzept zu entwerfen, d. h. einen Sparplan, wie diese gewaltige Unterdeckung bis 2010 wohl abzubauen wäre. Mit Weh und Ach haben wir am 11. 10. 2007 in der Bürgerschaft ein Sparkonzept über rund 30 Millionen Euro verabschiedet. Und darin waren auch noch 10 Millionen im Jahre 2010 für Einsparungen durch die Verwaltungsreform angesetzt, obwohl sich abzeichnet, dass die Verwaltungsreform bis 2010 nicht verabschiedet werden kann. Aber mehr haben wir einfach nicht geschafft.

Aufgrund einer rigorosen Haushaltssperre, die Ende 2007 auch von der Bürgerschaft gebilligt wurde (Einsparungen von rund 3,1 Millionen noch im Haushaltsjahr 2007) hatte die Kommunalaufsicht ein Einsehen und erließ uns den Nachtragshaushalt.

Aber dann kam es zum Jahresende doch knüppeldick: Zwar wurde der Haushalt 2007 schließlich genehmigt, nicht aber das Haushaltssicherungskonzept. Eine Gefährdung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach § 49 der Kommunalverfassung wurde festgestellt mit der Folge, dass dringend benötigte Kredite für Bauvorhaben nicht oder nur zu einem geringen Teil genehmigt werden. Die Ostseezeitung berichtete darüber. Betroffen sind voraussichtlich u. a. das Landständehaus, die Schulen und Berufsschulen im Hinblick auf Ausstattung, der Straßenbau, das Radwegenetz und die Stadtbibliothek. Hier wird sich freilich auch die Bürgerschaft noch einmal zu Wort melden.

Was ist zu tun? Keine Frage: Wir werden um einen noch rigoroseren Sparkurs nicht herumkommen. Aber es geht auch nicht an, dass einerseits Bund und Land sich an der anschwellenden Konjunktur erfreuen und ausgeglichene Haushalte anvisieren, während die Kommunen rote Zahlen schreiben, weil ihnen ohne Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips Sozialaufgaben übertragen werden, die auf Bundes- und Landesgesetzen beruhen. (Konnexitätsprinzip = wer Aufgaben überträgt, muss auch die Finanzmittel zur Verfügung stellen).

Zu allem Übel droht jetzt auch noch eine saftige Tarifierhebung im öffentlichen Dienst. Wie die Stadt dies bewältigen soll, ist bislang völlig offen. Klar ist: Der neue OB, der im Jahre 2008 gewählt wird und der mit Sicherheit keine klare Mehrheit in der Bürgerschaft hinter sich haben wird, steht vor einer großen Aufgabe!

Rupert Eilsberger

Misstrauen ist angesagt!

Fast täglich erreichen uns Meldungen über den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin. Gutachten und Gegengutachten prallen aufeinander, genauso die Meinungen der Befürworter und der Gegner. Inzwischen werden Bestechungsvorwürfe laut.

Der Leser ist verwirrt. Was ist wahr, was nicht? Es werden Horrorszenarien aufgebaut, um Meinungen zu manipulieren. Gefördert wird das alles noch durch die indifferente Haltung des SPD-Landesvorstandes und den Starrsinn des Ministerpräsidenten. Altersstarrsinn lässt grüssen. Zu verzeichnen ist auf jeden Fall, dass Harald Ringsdorf seine Rolle als Landesvater immer mehr verspielt und ihm das Vertrauen durch die Bewohner der betroffenen Region versagt wird. Gegenüber einem offenen Zerwürfnis wäre wohl der Rücktritt eine achtbare und respektvolle Alternative.

Was ist also zu tun, wenn man wissen will, was richtig und was falsch ist? Ökopol, ein unabhängiges Institut für Ökologie und Politik mit Sitz in Hamburg, hat im Auftrag des WWF die Unterlagen des Energiekonzerns „DONG-energy“ unter die Lupe genommen. Diese Unterlagen, als Grundlage für einen Antrag auf Vorbescheid zum Bau und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes, zeigen erhebliche Mängel auf.

Mit zum Teil falschen Berechnungsunterlagen will DONG den Eindruck erwecken, dass die Anforderung der TA-Luft eingehalten werden. Nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz müssen die Auswirkungen auf Mensch und Vegetation berücksichtigt werden. Dies ist, insbesondere hinsichtlich der Belastung des Greifswalder

Boddens, nicht erfolgt. DONG verstößt gegen die ESPOO-Konvention, die vorschreibt, dass auch Auswirkungen auf die Nachbarstaaten berücksichtigt werden müssen. DONG berücksichtigt nicht die Verpflichtung nach der HELCOM-Konvention, die eine Minimierung der Einträge von besonders schädlichen Stoffen vorsieht. Auch die Wasserrahmenrichtlinie wird nicht berücksichtigt.

Bei der Ausbreitungs- und der Abgasgeschwindigkeit geht DONG von unrealistischen bzw. unzulässigen hohen Werten aus und schönt damit die Luft-, Boden- und Wasserbelastung. Schon jetzt ist der Stickstoffeintrag in Waldgebiete um das bis zu 4,5fache über der kritischen Belastungsgrenze. DONG setzt auch hier unrealistische Werte an, um nicht zusätzliche Techniken einsetzen zu müssen. Mit einer Nickelbelastung von 76% des Schutzwertes verliert Lubmin den Status Seebad. DONG hat nicht die Auswirkungen von Schwermetall auf den Bodden und die daraus gewonnenen Lebensmittel untersucht. Mit keiner Silbe erwähnt DONG, welche Kohle zum Einsatz gelangt. Damit umgeht der künftige Betreiber eine Aussage über die Schwefeldioxidbelastung. Diese Liste von Ungereimten findet sich im Gutachten von Ökopol, das in der SPD-Geschäftsstelle in der Heilgeiststraße ausliegt.

DONG ist mit Misstrauen zu begegnen, und unsere Politiker sind gut beraten, das ebenfalls zu tun. Wir brauchen Energie, aber nicht um jeden Preis.

(Die Erläuterung der unterstrichenen Begriffe findet ihr im Internet.)

Rüdiger Kuhn

Strafverschärfung für Jugendliche

Pünktlich zum Wahlkampf in Hessen hat der Ministerpräsident Roland Koch eine Diskussion über Strafverschärfung für jugendlichen Straftäter vom Zaun gebrochen. Es geht im wesentlichen um

- eine Heraufsetzung der Jugendstrafe von maximal 10 Jahre auf 15 Jahre
- eine verstärkte Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende (18–21 Jahre)
- einen „Warnschussarrest“ neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe
- die Einrichtung von Erziehungscamps, in denen die Jugendlichen zur Ordnung, zur Arbeit, zu Sport usw. angehalten werden.
- und die Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf 13 oder sogar 12 Jahre.

Obwohl die Mehrheit in der Bevölkerung klar erkennt, dass es sich hier um ein Wahlkampfmanöver handelt, findet Koch doch auch sehr viel Zustimmung. Auch die Bundeskanzlerin und natürlich die CSU haben sich hinter ihn gestellt. Die SPD betrachtet die vorgeschlagenen Maßnahmen zurückhaltend oder ablehnend.

Das Problem ist, dass der Ausgangspunkt von Koch, nämlich eine vermehrte Gefährdung der Bevölkerung durch Gewaltkriminalität, insbes. von jugendlichen Straftätern mit sog. Migrationshintergrund, nicht von der Hand zu weisen ist. Während die Jugendkriminalität insgesamt stabil ist und die Schwerstkriminalität von Jugendlichen (Mord, Totschlag) sogar zurückgeht, hat die Gewaltkriminalität (Raub, schwere Körperverletzung) insbes. in Ballungszentren zugenommen. Beteiligt sind überproportional jugendliche ausländische Täter oder deutsche Täter mit „Migrationshintergrund“, und zwar überproportional Täter aus Moslem-Ländern, vor allem der Türkei. So jedenfalls die Information aus der Sendung „Hart aber fair“ am 9. 1. 08 in der ARD.

Es gibt sehr gute Gründe für die überproportionale Beteiligung von ausländischen Jugendlichen bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gewaltkriminalität. Integrationsbemühungen und Integration lassen bekanntlich vielerorts auf beiden Seiten zu wünschen übrig. Die Konfrontation der Jugendlichen mit einer liberaleren und wohlhabenderen Gesellschaft, ferner die nicht selten gewaltbezogenen Erziehungsmethoden der Eltern sowie die Diskriminierung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder in der Schule lassen Frust entstehen, der dann in Gewalt mündet. Vermehrte Ausländerkriminalität aber ist wohl auch ein Preis, der für die EU-Freizügigkeit, die ja auch zahlreiche gute Seiten hat, bezahlt werden muss.

Die von Koch vorgeschlagenen Maßnahmen begegnen allerdings größten Bedenken. Es ist geradezu lächerlich, anzunehmen, dass eine Heraufsetzung der maximalen Jugendstrafe irgendwelche Auswirkungen haben könnte. Die betroffenen Jugendlichen werden davon häufig überhaupt nichts erfahren.

Die vermehrte Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf heranwachsende Täter, d. h. auf Täter, die zwischen 18 und 21 Jahre alt sind, bedeutet den Verzicht auf die

Erziehungsmöglichkeiten, die im Jugendstrafrecht in ganz anderer Weise im Vordergrund stehen als im Erwachsenenstrafrecht. Hier spielt auch das Menschenbild, das man sich macht, eine Rolle. Es mag in der Tat Jugendliche geben, die außerordentlich schwer mit Erziehungsmaßnahmen zu erreichen sind. Im Zweifel sollte man aber davon ausgehen, dass junge Straftäter hier eher erreichbar sind als Erwachsene. Und es ist wohl gesichertes Erkenntnis, dass die Hoffnung auf Besserung durch Erwachsenenstrafvollzug trügerisch ist.

Auch der Warnschussarrest neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe beruht auf unbegründeten Annahmen. Wer zu Jugendstrafe verurteilt wird, hat in der Regel bereits diverse Jugendarreste hinter sich und möglicherweise eine Untersuchungshaft. Er weiß, was ihn erwartet und es schreckt nicht ab.

Der Gedanke der „Erziehungscamps“ ist problematisch, solange man nicht genau weiß, was genau damit gemeint ist. Wahrscheinlich schwebt den Befürwortern ein paramilitärisches Zwangslager vor, in dem geschrien wird, in dem erhebliche körperliche Anforderungen gestellt werden, in dem gedemütigt und möglicherweise versucht wird, die Persönlichkeit zu beeinflussen oder zu brechen. Der Jugendwerkhof der alten DDR soll so etwas gewesen sein. Ich habe größte Zweifel, ob man so etwas einrichten sollte. Man sollte mögliche Gelder lieber in eine verbesserte Erziehung im Jugendgefängnis stecken. Schließlich sieht § 91 II des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) vor, dass „Ordnung, Arbeit, Unterricht, Leibesübungen und sinnvolle Beschäftigung in der freien Zeit Grundlagen einer Erziehung im Jugendstrafvollzug“ sind. Ferner besteht nach dem JGG die Möglichkeit, einem jugendlichen oder heranwachsenden Straftäter als sog. Zuchtmittel vielfältige Auflagen zu erteilen. Von einem Erziehungscamp, vielleicht in Anlehnung an Guantanamo auf Kuba, sollte man Abstand nehmen. Das gilt auch für die Herabsetzung der Strafmündigkeit unter 14 Jahre. Dieser Vorschlag wird nicht nur von Richtern und Staatsanwälten, sondern jetzt auch von der CDU-Spitze abgelehnt.

Aber man wird eine Erleichterung der Abschiebung von jungen Straftätern in Betracht ziehen müssen, soweit es sich nicht um Deutsche handelt. Natürlich kann eine Abschiebung für die jungen Menschen aus vielerlei Gründen sehr problematisch sein. Trotzdem: Wer sich als Ausländer im Gastland strafbar macht, muss grundsätzlich auch mit Abschiebung rechnen. Und schließlich muss man immer auch an die Opfer denken!

Rupert Eilsberger

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Kreisvorstand der SPD
(außer für namentlich gekennzeichnete Artikel)

Herausgeber: Kreisvorstand der SPD

Redaktion: Rupert Eilsberger, Seestr. 5, 18439 Stralsund

Satz und Druck: hanse druck & medien GmbH - Stralsund
Tel. 03831 - 29 29 26